

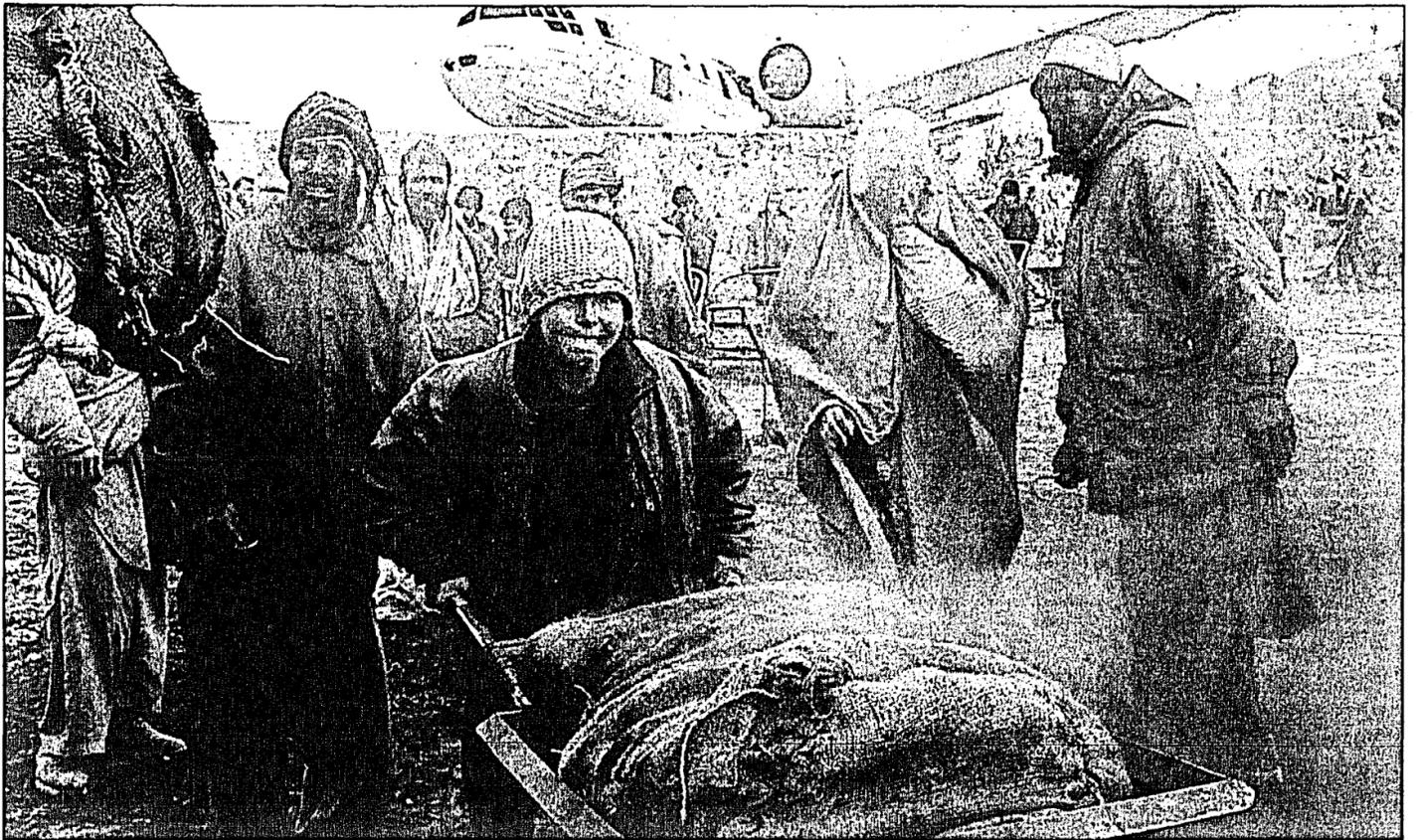
Ausweitung afghanischer Schutztruppe

Powell wirft Iran Destabilisierung der Kabuler Regierung vor – Annan bezeichnet Sicherheitslage als heikel

KABUL: Der UN-Sondergesandte für Afghanistan hat den Weltsicherheitsrat am Mittwoch aufgefordert, das Mandat der internationalen Schutztruppe auf ganz Afghanistan auszuweiten. Lakhdar Brahimi sagte, die jüngsten Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizenführern im Norden und Osten des Landes zeigten, wie brüchig die Sicherheitslage sei. US-Aussenminister Colin Powell warf unterdessen Iran vor, die afghanische Interimsregierung schwächen zu wollen.

Der UN-Sicherheitsrat hatte im Dezember einer 5000 Mann starken Schutztruppe zugestimmt, die in Kabul und Umgebung sechs Monate präsent sein und der Regierung von Hamid Karsai das Arbeiten ermöglichen soll. Der afghanische Aussenminister Abdullah forderte in der vergangenen Woche, die Truppenstärke auf 20 000 Soldaten auszuweiten. Zudem solle die Friedenstruppe bis zu zweieinhalb Jahre im Land bleiben und in weiteren Regionen eingesetzt werden. UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete die Sicherheitslage in Afghanistan am Mittwoch als heikel. «Ohne Sicherheit wird ein Wiederaufbau nicht möglich sein», warnte Annan.

Powell warf Iran neben der Destabilisierung der Kabuler Regierung vor, Massenvernichtungswaffen herzustellen und Terrorismus zu unterstützen. Er führte in diesem Zusammenhang eine Waffenlieferung an, die von den Israelis im Roten Meer abgefangen wur-



Die Bevölkerung Afghanistans ist dringend auf die Hilfe der westlichen Länder angewiesen. Die Versorgungsflüge sind allerdings noch sehr rar.

de und für die palästinensische Autonomiebehörde bestimmt gewesen sein soll. Die jüngste Provokation seien «nicht hilfreiche Aktivitäten» in Afghanistan.

US-Präsident George W. Bush hatte Teheran jüngst mit Irak und Nordkorea

auf der «Achse des Bösen» eingeordnet. «Wir können ihnen zeigen, dass es nicht in ihrem Interesse ist, die Regierung zu schwächen, an deren Bildung sie beteiligt waren», sagte Powell mit Blick auf Iran. Er sei aber überzeugt, dass vernünftige Gespräche mit der

iranischen Führung im Bereich des Möglichen lägen.

Die US-Streitkräfte räumten unterdessen ein, irrtümlich Verbündete der afghanischen Interimsregierung gefangen genommen zu haben. Die 27 Männer seien freigelassen und am

Mittwoch einem Vertreter der Kabuler Regierung übergeben worden, sagte Militärsprecher Ralph Mills. Die Afghanen waren am 23. Januar bei einem Militäreinsatz etwa 100 Kilometer nördlich von Kandahar verhaftet worden.

Knapper Ausgang ungarischer Parlamentswahlen wahrscheinlich

Umfragen deuten auf Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Regierungskoalition und Sozialisten hin

BUDAPEST: Zwei Monate vor den ungarischen Parlamentswahlen deuten alle Anzeichen auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der Regierungskoalition und den oppositionellen Sozialisten hin. Die Erhebungen verschiedener Meinungsforschungsinstitute im Januar ergaben zwar noch ein uneinheitliches Bild, der Trend scheint jedoch klar.

In einer Umfrage des Gallup-Institutes sprachen sich 31 Prozent der Befragten für die beiden grossen Parteien der Regierungskoalition aus Jungen Demokraten/Ungarischer Bürgerpartei (Fidesz-MPP) und dem Ungarischen De-

mokratischen Forum (MDF) aus, während 24 Prozent die Ungarischen Sozialisten (MSZP) unterstützen. Die Erhebung unter 1003 Wahlberechtigten in 61 Städten und Gemeinden hat eine Fehlerquote von 3,2 Prozentpunkten.

Bei zwei Umfragen der Institute Szonda Ipsos und Median lagen die Sozialisten zwischen fünf und sechs Prozentpunkten vor dem Regierungsbündnis aus Fidesz, MDF und einigen Splitterparteien. Ministerpräsident Viktor Orban gibt sich überzeugt, dass seine Koalition am 7. April eine Mehrheit erreichen kann. Sein Bündnis habe gute Aussichten, die folgenden vier

Jahre «unter angenehmen Bedingungen zu regieren», sagte Orban vor der Auslandspresse.

Zünglein an der Waage könnte die zur extremen Rechten gerechnete Ungarische Gerechtigkeitspartei (MIEP) werden. Obwohl die MIEP offiziell in Opposition steht, haben ihre 12 Abgeordneten im 386-köpfigen Parlament wiederholt die Regierungspolitik unterstützt. Zwar hat Orban bisher eine Koalition mit «extremistischen Parteien» ausgeschlossen. Seine jüngsten Äusserungen legen jedoch die Vermutung nahe, die MIEP könne bei knappem Ausgang letztlich doch ins Boot gezogen werden. Auf die Frage, ob er

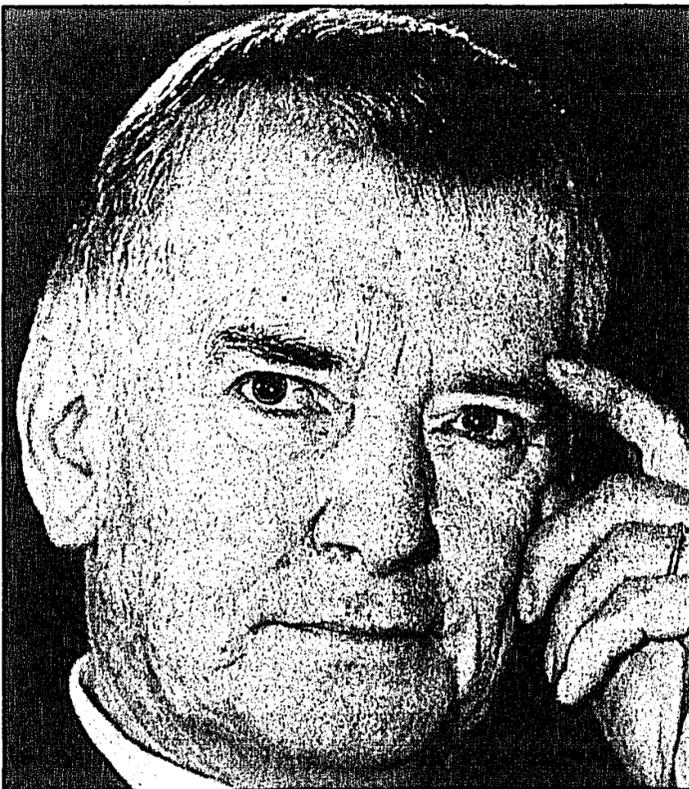
die MIEP als «extremistisch» betrachte, wiegelte Orban ab. «Ich würde eher den Ausdruck radikal benutzen, was bedeutet, dass sie einen tiefen Wandel in der Struktur des sozialen Lebens erreichen wollen», sagte Orban und fügte hinzu, «Ich betrachte die MIEP als extrem radikale Partei.» Ungarn ist einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die nächste Runde der EU-Erweiterung. Sein Beitritt könnte möglicherweise schon 2004 erfolgen.

Das Land arbeite hart daran, die Voraussetzungen zu erfüllen, sagte Orban. Allerdings sei kein Beitritt um jeden Preis geplant. «Es gibt ein Leben ausserhalb der EU», sagte er. Ungarn

wolle seinen Nationalstolz bewahren. Da neben den wirtschaftlichen Voraussetzungen auch die Minderheitenpolitik der Beitrittskandidaten in Brüssel immer wieder eine Rolle spielt, kündigte Orban an, die Ausbildung der Roma-Minderheit in Zukunft verstärkt zu fördern. Er verwies auf die gestiegene Zahl staatlicher Stipendien für Roma-Studenten, nannte aber keine konkreten Zahlen. Von den schätzungsweise zehn Millionen Ungarn werden 800 000 den Roma zugerechnet. Die Arbeitslosigkeit innerhalb dieser Volksgruppe liegt bei etwa 25 Prozent, verglichen mit einer allgemeinen Quote von 5,6 Prozent.

Schily gerät weiter unter Druck

Nach neuen Enthüllungen in der V-Mann-Affäre gerät der Deutsche Bundesinnenminister Otto Schily immer stärker unter Druck. Die Union warf dem SPD-Politiker gestern bewusste Irreführung der Öffentlichkeit vor, die FDP beantragte eine Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses. Zuvor war die Zahl der V-Leute in den NPD-Verbotsanträgen erneut nach oben korrigiert worden: Das baden-württembergische Innenministerium bestätigte einen fünften Fall. Dabei handelt es sich um den früheren Vorsitzenden der NPD-Jugendorganisation «Junge Nationaldemokraten», Mike Layer, der 1996/97 für vier Monate als Spitzel des Landesverfassungsschutzes tätig war. Die FDP beantragte als Reaktion auf die neuen Enthüllungen eine Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses. Es müsse endlich Klarheit über die Rolle von V-Leuten im Beweismaterial gegen die NPD geschaffen werden, erklärte Innenexperte Max Stadler. Es sei ausgeschlossen, Schily erst wie geplant in zwei Wochen zu befragen.



ARGENTINIEN

Krisenhaushalt vorgelegt

Währungsfreigabe um zwei Tage verschoben

BUENOS AIRES: Die argentinische Regierung hat einen Krisenhaushalt vorgelegt, mit dem das Vertrauen internationaler Geldgeber zurückgewonnen werden soll.

Die Staatsausgaben wurden um 15 Prozent auf 3,6 Milliarden Dollar gekürzt. Wirtschaftswissenschaftler halten die dem Haushalt zugrunde gelegten Erwartungen für Wachstum, Inflation und Defizit aber für zu optimistisch. Die Regierung verschob die zunächst für Mittwoch angekündigte Freigabe des Peso-Wechselkurses um mindestens zwei Tage. Die Banken sind seit Sonntag geschlossen. An diesem Tag ordnete die Regierung an, dass alle Dollar-Einlagen und Schulden in Peso getauscht werden müssen. Ausserdem wurden die Banken angewiesen, ihre Dollar-Bestände an die Zentralbank zu verkaufen.

Präsident Eduardo Duhalde kündigte die Wahl seines Nachfolgers für den

14. September 2003 an. Bis dahin will er das faktisch zahlungsunfähige Argentinien aus der Krise herausführen. Er selbst werde bei der Wahl nicht antreten, sagte Duhalde und fügte hinzu: «Ich bin der Präsident des Übergangs.» Duhalde rief die Bevölkerung erneut zu Besonnenheit auf.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank (IADB) will nach einem Bericht der brasilianischen Zeitung «Gazeta Mercantil» die Freigabe eines Milliarden Dollar beschleunigen. Die Mittel sind Teil eines Kredits über insgesamt drei Milliarden Dollar zur Finanzierung sozialer Projekte. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank machen die Überweisung neuer Kredite von der Vorlage eines glaubwürdigen Sanierungsprogramms abhängig. Die Freigabe der Landeswährung im Internationalen Devisenhandel ist dabei eine der wichtigsten Forderungen des IWF.